1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 105 ERSCHEINT 14-TÄGIG 8. April 1985

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

29.03.85	Salih Kara Unpolitisch	in Eregli

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes Ende 1978 wurden in der Türkei 520 Todesstrafen verhängt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Seit dem 12.09.1980 wurde in 6.208 Fällen die Todesstrafe beantragt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 23.03.1985

9 Angeklagte freigelassen

In dem Hauptverfahren Dev-Sol vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurden 9 Angeklagte aus der Untersuchungshaft entlassen. Gegen 2 von ihnen ist die Todesstrafe beantragt. Gegen die Organisation Dev-Sol finden in Istanbul 5 verschiedene Prozesse statt. Die Gesamtzahl der Angeklagten beträgt 1.170. In insgesamt 284 Fällen ist die Todesstrafe beantragt.

Cumhuriyet vom 23.03.1985

Zeugenschaft von Demirel und Ecevit abgelehnt

Im Verfahren gegen die Unterzeichner der Petition der Intellektuellen hat das Gericht die Zeugenschaft von Bülent Ecevit, Süleyman Demirel und weiterer 7 Personen abgelehnt, gleichzeitig aber dem Antrag der Anwälte auf Vernehmung von 15 weiteren Zeugen stattgegeben. Unter den zu vernehmenden Zeugen sind Nadir Nadi (Herausgeber der Cumhuriyet), Muhsin Batur (Ex-General und CHP-Senator), Hasan Fehmi Günes (ehemaliger Innenminister), Adalet Agaoglu (Schriftstellerin). In dem Prozeß waren 11 Angeklagte anwesend. Das Gericht beschloß außerdem eine Anfrage an die übrigen Kriegsrechtskommandanturen zu senden, um in Erfahrung zu bringen, inwieweit dort andere Verfahren gegen die Angeklagten anhängig sind.

Cumhuriyet vom 23.03.1985

Einstellung des Verfahrens gegen Dogan Heper

Gegen den Chefredakteur der Tageszeitung Milliyet, Dogan Heper, wurde das Verfahren eingestellt. Die Militärstaatsanwaltschaft von Istanbul hatte wegen des Verdachtes auf Verstoß gegen die Kriegsrechtsbestimmungen ermittelt.

Cumhuriyet vom 23.03.1985

Seit 8 Jahren können die Täter des 1. Mai nicht gefaßt werden

Das Verfahren wegen des "blutigen 1. Mai" auf dem Taksim-Platz in Istanbul, bei dem 34 Menschen getötet und 126 Menschen verletzt wurden, ging gestern vor der 2. Strafkammer von Istanbul weiter. Der Verteidiger Rasim Öz machte die Kammer darauf aufmerksam, daß in der Sitzung des Gerichtes vom 7.7.1977 ein Beschluß gefällt worden sei, die eigentlich Verantwortlichen an dem Massaker ausfindig zu machen, aber in den seitdem vergangenen 8 Jahren keine Spur ausfindig gemacht werden konnte. In dem 2-seitigen Antrag führte der Anwalt des weiteren aus, daß die in diesem Verfahren Angeklagten eigentlich die Geschädigten des Vorfalls seien. Als Teilnehmer an der 1. Mai Kundgebung hätten sie genauso gut verletzt oder getötet werden können. Anstatt den wahren Täter einen Prozeß zu machen werde hier ein offensichtlich aussichtsloses Verfahren weitergeführt. Er stellte den Antrag, bei den Sicherheitsbehörden nachzufragen, inwieweit die Täter ermittelt werden konnten. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab und vertagte sich auf den 4. Juni 1985.

Cumhuriyet vom 25.03.1985

Verfahren gegen Wahlboykotteure

Durch Veröffentlichung im Amtsblatt wurden nun 273 Personen aufgefordert ihre Gründe für die Nichtteilnahme an den allgemeinen Wahlen vom 6. November 1983 mitzuteilen. Die Frist für eine solche Mitteilung wurde auf 2 Wochen festgelegt. Sollte in dieser Zeit keine Mitteilung eingehen, so werden die entsprechenden Verfahren eingeleitet.

Tercüman vom 27.03.1985

3 mal Todesstrafe im Verfahren gegen THKP/C von Manisa

In dem Revisionverfahren gegen die Organisation THKP/C Devrimci Kurtulus aus der Stadt Manisa wurde nun vom Militärgericht in Izmir das Urteil verkündet. Die Angeklagten Remzi Karakas, Muharrem Ender Öndes und

Ismet Ali Sen wurden zum Tode verurteilt. Von den übrigen 3 Angeklagten erhielt einer eine lebenslängliche Haftstrafe, ein Angeklagter eine Strafe von 24 und der andere eine Strafe von 6 Jahren Zuchthaus.

Cumhuriyet vom 29.03.1985

Todesstrafe gegen den Mörder von 3 Personen

Vor dem Strafgericht Eregli in der Provinz Konya erging ein Todesurteil gegen den ehemaligen Polizeibeamten Salih Kara. In einem Familienzwist hatte er die herbeieilenden Nachbarn, die schlichten wollten, Alaettin Güngör, Talat Cimen, Soner Kurt ermordet. Seine Gattin war bei dem Streit schwer verletzt worden. Der Vorfall hatte sich vor ungefähr zwei Jahren ereignet.

Cumhuriyet vom 30.03.1985

Das TKP-Verfahren: 228 Verurteilungen

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara wurden die Urteile im Verfahren gegen 288 Angeklagte der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) verkündet. Von den 288 Angeklagten wurden 228 zu Strafen zwischen 2 Monaten und 17 Jahren und 4 Monaten verurteilt. Das Gericht ordnete gleichzeitig die Haftentlassung von 10 Angeklagten an. Gegen 16 Angeklagte wurde ein Haftbefehl erlassen. In dem Verfahren wurden insgesamt 48 Angeklagte freigesprochen. Der allgemeine Vorwurf in diesem Verfahren lautete auf Mitgliedschaft und Leitung der illegalen TKP. Die Bestrafung erfolgte nach den §§ 141 und 173 türkisches Strafgesetz. Bei der Urteilsverkündung in dem großen Saal, in dem auch das Dev-Yol und das MHP-Verfahren stattfinden, waren 23 inhaftierte Angeklagte und 23 Verteidiger anwesend. Das Verfahren wurde außerdem von einer großen Anzahl an Reportern und Fernsehteams verfolgt.

Tercüman vom 31.03.1985

Neues Attest für Türkes

In einem ärztlichen Attest wurde die Meinung vertreten, daß der ehemalige Vorsitzende der MHP, Alparslan Türkes, nicht mehr haftfähig ist. Es wurde die These vertreten, daß auch ein Aufenthalt in einem Militärhospital aus gesundheitlichen Apsekten nicht zu vertreten sei. Gegen die Stimmen von 2 Ärzten steht in dem Attest, daß Türkes mehrfach einen Herzinfarkt erlitten habe und ein weiterer Krankenhausaufenthalt bei ihm zu irreparablen Streßerscheinungen führen könne. Das Verfahren gegen die MHP, in dem dann ein entsprechender Antrag auf Haftentlassung für Türkes gestellt werden wird, wird am 9. April weitergeführt.

Tercüman vom 31.03.1985

Weitere 3 Morde im Fatsa-Verfahren aufgeklärt

Im Fatsa Dev-Yol Verfahren haben sich die Zungen gelöst. Nachdem der Angeklagte mit der Nummer 1, Yusuf Atasoy, dem Gericht gegenüber verschiedene Erklärungen abgegeben hatte, sind nun auch andere Angeklagte dazu übergegangen die Vorfälle zu schildern. Der Angeklagte Ekrem Uyar hat dabei im Militärgefängnis von Amasya ein Geständnis abgelegt. Er war Mitglied des Stadtteilkomitees von dem Stadtteil Kurtulus. In seiner Aussage gab er zu, bei den Morden an Mehmet Sari, Dursun Tasan und Ali Yilmazer beteiligt gewesen zu sein. Er gab an, bei diesen Aktionen jeweils Wache gestanden zu haben, während andere die Tat direkt ausgeführt haben.

Tercüman vom 31.03.1985

Ein neues Verfahren

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul begann ein neuer Prozeß gegen 20 Angeklagte der illegalen separatistischen Organisation Genc Kurtuluscular Birligi. Der Prozeß wurde zur Vernehmung der Angeklagten auf den 10. April vertagt.

Cumhuriyet vom 01.04.1985

Karavelioglu wird angeklagt

Vor dem Militärgericht in Izmir wird am 11. April ein Verfahren gegen das Vorstandsmitglied der SODEP, Kamil Karavelioglu stattfinden. Bei einer Podiumsdiskussion in Izmir soll er mit einer Rede die Praktiken des Nationalen Sicherheitsrates kritisiert haben und damit gegen das Gesetz 2969 verstoßen haben.

Tercüman vom 01.04.1985

In Gaziantep bekam ein Heroinverkäufer 30 Jahre Haftstrafe

Hanifi Cinar aus dem Dorf Sarikaya bei Gaziantep war in der Stadt Düsseldorf vor einigen Jahren verhaftet worden, als er versuchte 195 Gramm Heroin zu verkaufen. Er war dann an die Türkei ausgeliefert worden und hatte einen Prozeß vor dem 1. Strafgericht von Gaziantep. Während des seit drei Jahren andauernden Verfahrens war er nicht in Untersuchungshaft genommen worden. Das Gericht verhängte nun gegen ihn eine Todesstrafe, die aus strafmildernden Gründen in eine 30-jährige Haftstrafe verwandelt wurde. Der Freund von Hanifi Cinar, Fevzi Kartal, wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Tercüman vom 02.04.1985

Der Angehörige der Fatsa Dev-Yol Bande Ali Yildiz: Mit dem Mord an Kindern wollten wir Revolution machen

Im Verfahren gegen Fatsa Dev-Yol vor dem Militärgericht Nr. 2 in Amasya gehen die Gestädnisse weiter. Nach den Angeklagten Yusuf Atasoy und Ekrem Uyar hat sich nun auch das Mitglied des Zentralkomitees von Catalpinar, Ali Yildiz, zu einem Geständnis entschlossen. Die Geständnisse erfolgen gerade zu einer Zeit, als im Parlament über eine Straferleichterung für 'reuige Täter' beraten wird. Ali Yildiz äußerte sich u.a. zu den Arten der Waffenbeschaffung. Zu diesem Zwecke habe die Organisation gegen bekannte Schmuggler entsprechende Drohungen ausgesprochen und dann in der Regel auch die Waffen bekommen. Er sagte, daß Dev-Yol eine illegale Organisation sei, deren Ziel es sei, die verfassungsmäßige Ordnung der Türkei mit Waffengewalt zu beseitigen und an ihre Stelle eine marxistisch-leninistische Ordnung zu errichten. Er selber habe einen Platz in dieser Organisation eingenommen. Wenn er auch nicht alle Einzelheiten der Ziele der Organisation gekannt habe, so sei er doch sicher, daß es die Absicht war, die bestehende Ordnung zu beseitigen. Er empfinde Reue, weil er nicht glaube, daß die Revolution durch die Morde an 9-jährigen Kindern oder aber an Vätern von 9 Kindern zu verwirklichen sei.

Tercüman vom 03.04.1985

Der ehemalige Senator der CHP, Imadettin Elmas, in Haft

Der ehemalige Senator der CHP, Imadettin Elmas,

mußte nun seine 2-monatige Haftstrafe antreten. Er war zu dieser Strafe verurteilt worden, weil er bei einem Vorfall vor dem 12.09.1980 gegen eine Gruppe von Bürgern die Waffe gezogen hatte. Zu dem Vorfall war es bei der Beerdigung des Kreisvorsitzenden der CHP für Nevsehir, Zeki Tekin, gekommen. Elmas wird nun im Gefängnis von Canakkale 40 Tage Haft verbüßen müssen.

Tercüman vom 03.04.1985

Geständnisse der Angeklagten von Fatsa

Der Angeklagte Ali Yildiz hat mit seinem Geständnis weitergemacht. Er führte aus, daß gegen ihn und andere geständige Angeklagte von den Mitgefangenen ein Druck ausgeübt werde. Diese Personen hätten immer noch nicht die Fehler der Vergangenheit begriffen.
Außerdem gab er an, daß die Militante mit dem Decknamen Schwester Ayse nicht die bei einer bewaffneten Auseinandersetzung getötet Ayse Makar sei, sondern daß es sich bei ihr um die Angeklagte mit der Nummer 110, Gülin Bayraktar, handele. Sie habe bei den verschiedenen Aktionen der Organisation, wie zum Beispiel der Kundgebung gegen die Nußpreise immer vorne gestanden und er habe sie auch mit einer automatischen Waffe gesehen. Bei einer Kundgebung im März 1980 habe sich die Frauen zum Rufen von Parolen animiert und selber sehr laut Parolen gerufen.
Im weiteren Verlauf seiner Aussage gab Ali Yildiz an, daß er nach dem 12. September angefangen habe, Verdacht gegen seine eigenen Freunde zu schöpfen. Das Mißtrauen untereinander sei soweit gegangen, daß man sich fast gegenseitig umgebracht habe.

Milliyet vom 29.03.1985

5 Angeklagte wurden freigelassen

Im Verfahren wegen der Vorfälle im Südosten, das vor dem Militärgericht in Diyarbakir durchgeführt wird, wurden un weitere 5 Angeklagte aus der Haft entlassen, so daß sich die Zahl der Haftentlassenen nun auf 19 erhöht hat.

Milliyet vom 30.03.1985

Haftentlassene werden auf Schritt und Tritt verfolgt

In einer Gesetzesvorlage des Justizministerium werden neue Richtlinien für die Reintegration der entlassenen Strafhäftlingen angestrebt. In dieser Vorlage heißt es u.a., daß der entlassene Strafhäftling nach seiner Freilassung wieder in das soziale Leben eingegliedert werden soll. Außerdem will man die Möglichkeit eröffnen, daß Berufstätige ihren Beruf auch im Gefängnis weiterhin ausüben können. Ungelernte sollen Berufe im Gefängnis erlernen. Dem Entwurf zufolge soll in der Zukunft auch so etwas wie der Berufsstand des Bewährungshelfers eingerichtet werden.

Cumhuriyet vom 04.04.1985

Unsere Reporterin wurde vier Stunden lang festgehalten

Aufgrund der näher rückenden Auswahlprüfungen für den Hochschulzugang hatte sich unsere Reporterin Asiye Uysal in die Technische Universität von Istanbul begeben, um mit verschiedenen Studentinnen und Studenten Interviews zu machen. Im Korridor hakten sich plötzlich zwei Sicherheitsbeauftragte bei ihr ein und brachten sie zum "Chef". Obwohl sie mehrfach betonte, von der Zeitung zu sein und auch ihren Presseausweis vorzeigte, wurde sie hier stundenlang verhört. Man wollte wissen, wie häufig sie schon in der Universität gewesen sei. Außerdem erkundigte man sich über vergangene Aktionen von Uysal. Gleichzeitig versuchte man, ihr die Interviewnotizen abzunehmen. Trotz mehrfacher Nachfrage wurde weder bei der Zeitung angerufen, noch ließ man sie bei der Zeitung anrufen. Sie bekam zu hören, daß sich die Zeiten geändert hätten und solche Dinge nun nicht mehr möglich seien. Nachdem man Asiye Uysal von 14 bis 18 Uhr festgehalten hatte, wurde sie unter Rückgabe ihres Presseausweises wieder freigelassen. In der Zwischenzeit hatte man sie auch mit auf die Polizeiwache von Maslak genommen.

Cumhuriyet vom 04.04.1985

Ausreiseverbot für Tarik Akan

Der Filmschauspieler Tarik Akan durfte das Land nicht verlassen, obwohl er inzwischen einen Paß ausgestellt bekommen hatte. Tarik Akan, der vom französischen Fernsehen eingeladen worden ar, hatte sich zum Flughafen Yesilköy/Istanbul begeben, um über die Niederlande nach Frankreich zu fliegen. Bei der Paßkontrolle wurde er zurückgewiesen, weil er auf der Liste der 'Verbotenen' stehe.
Tarik Akan wollte sich selber zu dem Vorfall nicht äußern. Er gab an, daß er nach der Paßausstellung am 1. März keine Hindernisse für eine Ausreise gesehen habe. Er verstehe dieses Verhalten nicht, wolle aber alles tun, um die Möglichkeit zu bekommen, ins Ausland zu gehen. Wie bekannt, hatte er für den Film 'Ringkämpfer' bei den Filmfestspielen in Berlin eine Auszeichnung erhalten, die er aber nicht in Empfang nehmen konnte, weil man ihm die Ausstellung eines Passes verweigerte.

e) OPERATIONEN, VERHAFTUNGEN, MORDE ...

Cumhuriyet vom 06.03.1985

6 Militante verhaftet

Von den Sicherheitskräften in Ankara wurden 6 Militante einer separatistischen Bande gefaßt. Wie die Kriegsrechtskommandantur mitteilt, haben die Verdächtigen zugegeben, unter dem Anzeichen von gewerkschaftlichen Aktivitäten eine Reihe von Arbeitern organisiert zu haben.

Tercüman vom 25.03.1985

Der verletzte Unteroffizier erlag seinen Verletzungen

Der bei der bewaffneten Auseinandersetzung mit den separatistischen Terroristen in dem Kreis Sason der Provinz Siirt schwer verletzte Unteroffizier Birol Koc hat trotz aller medizinischer Eingriffe nicht überlebt und ist seinen Verletzungen erlegen. Sein Leichnam wird in seiner Heimatstadt Balikesir beigesetzt werden.

Tercüman vom 25.03.1985

25 Personen in Polizeihaft

Im Kreis Torul der Provinz Gümüshane wurde eine Waffenwerkstatt entdeckt. In diesem Zusammenhang wurden 25 Personen verhaftet. 4 von ihnen sind unterdessen in Untersuchungshaft genommen worden. Die Ermittlungen gegen die anderen Verdächtigen dauern noch an.

Cumhuriyet vom 25.03.1985

17 Schmuggler in Bursa gefaßt

Aufgrund einer Mitteilung haben die Sicherheitskräfte in der Provinz Bursa, Kreis Gemlik eine 9-tägige Operation durchgeführt, in deren Zusammenhang 17 Personen unter dem Verdacht von Waffenschmuggel festgenommen wurden. Die Polizei konnte gleichzeitig 11 Pistolen, 15 Magazine und 179 Patronen beschlagnahmen.

Tercüman vom 27.03.1985

Bewaffnete Auseinandersetzung in Mardin: 1 Terrorist wurde getötet

Bei einer bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Armee und 2 separatistischen Terroristen wurde einer der Terroristen getötet, der andere konnte lebend festgenommen werden. Aufgrund seiner Angaben wurden weitere 19 Personen verhaftet, die für die Organisation arbeiteten und den Militanten Unterschlupf gewährt hatten.

Cumhuriyet vom 27 03.1985

6 Personen in Samsun verhaftet

In Samsun und Sinop wurden 6 Personen gefaßt, die wegen Aktivitäten vor dem 12. September 1980 verurteilt und nach Verbüßung ihrer Strafen erneut aktiv geworden waren. Sie wurden im Zusammenhang mit erneuten Aktivitäten für eine separatistische Gruppe gesucht. Bei den Durchsuchungen wurde auch in großer Anzahl verbotene Literatur aufgefunden.

Cumhuriyet vom 28.03.1985

In Aybasti und Kabatas wurden 40 Personen verhaftet

Im Zusammenhang mit dem Aufhängen von drei Spruchbändern politischen Inhaltes wurden in Aybasti und Kabatas 40 Personen verhaftet. Unter den Verhafteten war auch der Kreisvorsitzende der DYP, der aber zusammen mit weiteren 9 Verdächtigen noch am selben Tage entlassen wurde. Unter den verbliebenen 25 Festgenommen ist auch ein Mitglied des Kreisvorstandes der SODEP.

Cumhuriyet vom 29.03.1985

In Aybasti wurden weitere 16 Personen freigelassen

Im Zusammenhang mit dem Aufhängen von Spruchbändern linken Inhaltes, dem man dem Anschein von einem Bombenspruchband gegeben hatte, sind nun in Aybasti weitere 16 Personen freigelassen worden. Es befinden sich demnach noch mehr als 15 Personen in Haft.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 21.03.1985

Vorsitzender des Beraterrates für Medikamte: Versuche werden in Entwicklungsländern gemacht

Der Vorsitzende des Beraterrates für Medikamte, Prof. Dr. Enver Izgü, hat angegeben, daß Wissenschaftler nur allzu gerne, ihre Experimente mit neuen Arzneimitteln in Entwicklungsländern durchführen. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur ANKA gab er an, daß es in der Türkei kein ausdrückliches Verbot für menschliche Versuche gebe. Er betonte aber auch, daß Medikamente nicht ohne ein Ausprobieren an Menschen auf den Markt gebracht werden könnten.

Cumhuriyet vom 24.03.1985

48 Patienten wurden zu Versuchstieren

In einem Text, der auf einem psychiatrischen Kongreß in Wien im Jahre 1983 verteilt wurde, ist unter anderem der Bericht von Prof. Itil, dem Psychologen Bozak, Prof. Songar, Dozent Ilkay und G.N. Menon enthalten. Hierin heißt es, daß ein neues Schlafmittel ausprobiert worden sei. An insgesamt 48 Patienten habe man erproben wolle, inwieweit ein am Tage darauf erfolgten Alkoholkonsum sich negativ auf die Medikamteneinnahme auswirke.

Cumhuriyet vom 25.03.1985

In Trabzon eine Operation des 'Jahres der Jugend'

In verschiedenen Cafetarias und Kuchengeschäften der Stadt Trabzo wurden Operationen durchgeführt, in deren Verlauf viele Jugendliche mit auf die Wache genommen wurden. Nach der Aufnahme der Personalien wurden sie ihren Eltern übergeben. Dies führte bei vielen Eltern und Cafebesitzern zu scharfen Protesten. Sie meinten, daß man die Cafes wohl mit anderen Orten verwechsele. Ihre Kinder hätten das Recht, sich in der Offentlichkeit aufzuhalten und niemand könne durch eine solche Behandlung sie zu fast Kriminellen abstempeln.

Cumhuriyet vom 26.03.1985

Das 'Jahr der Jugend' wurde zum Jahr der Verbote

Nach der Operation in Trabzon sind nun auch weitere Aktionen gegen die Jugend gemeldet worden. Sie kam es an der juristischen Fakultät der Universität in Ankara nicht nur zu einem Verbot eines Studentenvereins, der nicht weiter begründet wurde, den Studenten wurde es in den Heimen verboten, Bilder aufzuhängen. Gleichzeitig wurden sie angehalten, in angemessener Kleidung und ohne Bart zu den Unterrichtsveranstaltungen zu erscheinen.
An der Universität in Izmir wurde es den Studenten untersagt, mit Wasser zu spielen. In den Heimen müssen die Studenten die Betten nach den Vorschriften der Heim eitung herrichten. Sie dürfen keine Musikgeräte auf den Zimmern haben. Morgens um 9 Uhr haben sie das Heim zu verlassen und sie dürfen nicht vor 16 Uhr zurückkehren. Des weiteren müssen Studentinnen um 20.30 Uhr und Studenten um 22.30 Uhr wieder im Heim sein.
In Giresun wurden auf der Grundlage des Hochschulgesetzes YOK weitere 10 Studenten exmatrikuliert.

Cumhuriyet vom 27.03.1985

Operation nun auch in Ordu

Nach den Operationen in Trabzon wurden nun auch die Caterias und Kuchengeschä te der Stadt Ordu durchsucht und Jugendliche mit auf die Wache genommen. Die offizielle Begründung für dieses Vorgehen ist, daß man die Jugendlichen vor schlechten Einflüssen schützen will und bei verschiedenen Schüler das 'Schwänzen' des Unterrichtes bestrafen will. Es hat den Anschein, als würde sich die Welle von Operationen nun auf das gesamte Schwarzmeergebiet erstrecken.

Cumhuriyet vom 28.03.1985

Neues Gesicht für Denunzianten

Das in der Öffentlichkeit als 'Reuegesetz' bekannte Gesetz für Strafänderungen bei Informanden bezüglich Verbrechen gegen den Staat wurde nun durch das Kabinett verabschiedet. Der Justizminister Necat Eldem erläuterte in einer Pressekonferenz den Inhalt dieses Gesetzes. Demnach kommen jene Personen, die Straftaten nach den §§ 125, 131, 141, 142, 146 und 163 mitteilen, noch bevor Ermittlungen der Behörden eingesetzt haben, straffrei ausgehen, selbst wenn sie an diesen Taten beteiligt waren. Bei denjenigen Personen, die nach dem Einsetzen der Ermittlungen bis hin zu der Schlußermittlung Mitteilungen an die Sicherheitsbehörden machen, werden die Strafen reduziert. Todesstrafe wird dabei in eine 15-jährige Haftstrafe, Zuchthausstrafen mit Strafen von mindestens 10 Jahren bestraft. Die übrigen Strafen werden bis zu einem Viertel reduziert.
Für diejenigen, die inzwischen schon verurteilt sind, aber Reue gezeigt habe, gibt es die Möglichkeit, sich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes zu melden und einen Antrag auf Strafreduzierung zu stellen. Das Gesetz sieht weiter vor, bei unbegründeten Anträgen auf Befangenheit des Gerichtes die Strafen von 10.000 auf 50.000 bis 100.000 TL anzuheben. Schon bei den Vorermittlungen sollen die Zeugen unter Eid vernommen werden. Die Vernehmungen auch vor den Staatssicherheitsgerichten können durch den Staatsanwalt geführt werden, der selber eine Kompetenz zur Bewertung der Beweismittel in Richtung auf Anordnung der Untersuchungshaft bekommt. Allerdings dürfen in der Zukunft die Verfahren nicht für länger als 30 Tage ausgesetzt werden.
Die Denunzianten werden durch den Staat geschützt. Auf Beschluß des Kabinetts können Schönheitsoperationen vorgenommen werden. Außerdem sollen gefährdete Personen durch Versetzung in den Auslandsdienst einer möglichen Rache entzogen werden.
Schließlich regelt das Gesetz auch noch die Disziplinarstrafen für Gefangene.

Cumhuriyet vom 29.03.1985

Erklärung von Professor Songar und Dozent Ilkay

Im Zusammenhang mit der Meldung unsere Zeitung, daß insgesamt 48 Patienten zu Versuchszwecken benutz wurden, haben nun der Prof. Dr. Ayhan Songar und Dozent Dr. Ertac Ilkay von der Medizinischen Fakultät, psyhciatrische Abteilung der Universität Istanbul eine Erklärung abgegeben. In diesen Erklärungen wird darauf verwiesen, daß Versuche mit neuen Medikamenten durchaus üblich sei. Diese Ergebnisse würden dann auf wissenschaftlichen Kongressen vorgestellt. So sei es auch in diesem Fall gewesen. Dozent Dr. Ilkay gab an, daß man an der Universität lediglich die technischen Möglichkeiten der Stiftung HZI, insbesondere das EEG benützt habe.

Cumhuriyet vom 30.03.1985

Ugur Mumcu: Sicherheit für Spione

Das Kabinett hat ein Gesetz für Denunzianten bei Verbrechen gegen den Staat entworfen. Demnach können sich nicht nur ihre Erscheinung durch physiologische Operationen verändern lassen, sondern bekommen überdies Aufgaben im In- und Ausland im Staatsdienst. Auf diese Weise können denunzierende Terroristen sogar zu Botschaftern werden.
Aber lassen wir einmal den Scherz. Der Gesetzesentwurf hat auch eine ernste Seite. Unser Strafgesetz sieht schon Strafreduzierungen vor. So ist es z.B. bei den berühmten §§ 141, 142 so, daß aufgrund der Absätze 7 Denunzianten eine Strafreduzierung erwarten können.
Im § 170 heißt es, daß diejenigen, die den Sicherheitskräften eine bewaffnete Bande zu zerschlagen, keine Strafe zu erwarten haben. Der § 171 sieht vor, daß diejenigen, die von sich aus eine solche Bande auflösen, keine Strafe bekommen.
Auch im Gesetz zu Schmugglerstrafen heißt es im § 404, daß diejenigen, die der Polizei Mitteilung machen, keine Strafe erwarten müssen. Aus all diesem folgt, daß unser Strafrecht schon die Strafminderung oder Straffreiheit für solche Fälle kennt. Das neue Gesetz birgt aber die Gefahr, daß nun provokative Agenten entwickelt werden, die sicherlich keine Lösung sind.
Wichtiger ist sicherlich, alle Straftatbestände, die mit Meinungen zu tun haben, zu beseitigen und erst dann Strafen, wenn auch empfindliche zu erteilen, wenn die Überzeugung zur Anwendung von Gewalt führt. Des weiteren sollten die Ermittlungen und die Möglichkeiten der Verteidigungen gleichzeitig einsetzen, damit die Erscheinung der Folter abgeschafft wird.
Es erweckt bei mir den Eindruck, daß mit dem neuen Gesetz etwas ähnliches geschaffen wird, wie nach dem 2. Weltkrieg als Ex-Nazi durch Schönheitsoperationen nach Lateinamerika geschafft wurden, um für den CIA zu arbeiten.

Cumhuriyet vom 02.04.1985

Auch bei DIE sind die 205 Wörter verboten worden

Die Anwendung von 205 Wörtern wurde nun auch durch das Staatliche Statistikinstitut verboten. Nachdem zunächst der staatliche Rundfunk und das Fernsehen diese Wörter verboten hatte, war es später auch auf dem Polizeipräsidium in Ankara verboten worden. Durch das Statistikamt hat sich nun die Zahl der Zensoren auf 3 erhöht.

Milliyet vom 25.03.1985

Kultsminister: Ich werde die Verbotenen Bücher im Parlament vorlesen

Der Kultusminister Mükerrem Tascioglu gab an, daß die 16 in seinem Ministerium lagernden Bücher in nächster Zeit einer Untersuchung unterworfen werden. Es könne dabei sein, daß die Zahl der verbotenen Bücher dann reduziert werde. Allerdings könne er die Bücher aus den Jahren 1977-78 nicht vertreiben, wenn sie der nationalen Kultur widersprechen würden.

Milliyet vom 02.04.1985

Er finanziert sein Studium durch Blutspenden

An der Atatürk-Universität in Erzurum gibt es eine Reihe von Studenten, die durch Blutspenden versuchen, ihr Studium zu finanzieren. Der Theologiestudent Cemil Menderes Abay gab an, daß er mit einem Kranken übereingekommen sei, für 20.000 TL sein Blut zu spenden. Es gebe an der Universität mindestens 20 Personen, die auf die gleiche Weise versuchten, ihr Studium zu finanzieren.

Internationale Beziehungen

Milliyet vom 27.03.1985

Özal hat im voraus das Jawort von Reagan

Das Fünjahresabkommen zur militärischen und wirt-

schaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den USA läuft am 19. Dezember aus. Sechs Monate vor Kündigungsfrist des Abkommens wird vermutet, daß Ministerpräsident Özal der Reagan-Administration die Verlängerung versichern wird.
Özal will diese Absicht der türkischen Seite den Sprechern der amerikanischen Regierung bei seinem Besuch in Washington mitteilen. Ferner wird Özal der amerikanischen Seite versichern, daß die Stützpunkte und die Horchstationen ihre Aufgabe in der Türkei erfüllen können, wo die Zukunft der amerikanischen Stützpunkte in Griechenland nicht gesichert scheint. Diese Mitteilungen zielen darauf ab, eine Garantieerklärung bezüglich der Südflanke der NATO abzugeben und dadurch die USA zu beruhigen.

Tercüman vom 27.03.1985

"Die Linken berichten falsch; die Türkei ist auf dem rich tigen Weg"

Der ehemalige Türkei-Berichterstatter des Europaparlaments Kai Uwe Von Hassel gab gegenüber dem WDR eine Erklärung ab und sagte:*"Die Türkei ist auf dem richtigen Weg. Für ihre Entwicklung braucht die Türkei inneren Frieden."*

Milliyet vom 28.03.1985

Dankert:"Im Europarat kann es keine östliche Demokratie geben"

Der ehemalige Vorsitzende des Europarates und der holländische Parlamentarier, Pier Dankert, befindet sich in der Türkei. In seiner gestrigen Pressekonferenz erklärte er, daß *"zur Normalisierung der Beziehungen zu Europa das türkische Parlament Versuche unternehmen muß, um die Amnestie, die Aufhebung der Todesstrafen und die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten."*
Ferner sagte Dankert:*"Die Türkei ist ein vollwertiges Mitglied des Europarates. Sie darf nicht eine "östliche Demokratie" für sich beanspruchen. Die Türkei muß die Vereinbarungen mit der EG und mit dem Europarat einhalten."*

Cumhuriyet vom 29.03.1985

Neue Vorschläge an die Adresse der USA

Ministerpräsident Turgut Özal hat bei den bisher von den USA geforderten Hilfeleistungen eine wesentliche Änderung vorgenommen. Diese Änderung bezieht sich auf den militärischen Bereich und besteht in der Gründung einer gemeinsamen Verteidigungsindustrie. Die ökonomischen Forderungen laufen darauf hinaus, daß die gegenseitigen Handelsbeziehungen ausgebaut und insbesondere die zur Behinderung des türkischen Exports eingerichteten Textilwarenkontigente aufgehoben werden.

Cumhuriyet vom 30.03.1985

Kritische Forderung

Ministerpräsident Turgut Özal hat am dritten Tag seines Besuches in den USA den Wunsch des religiösen Sprechers der Griechen in USA, Erzbischof Yakovas, nicht zurückgewiesen und mit ihm eine halbstündige Unterredung gehabt. Yakovas verlangte die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland. Özal antwortete:*"Wir laden Papendreu immer wieder zum Dialog ein. Er ist aber dazu nicht bereit."*

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 28.03.1985

Die Kaufkraft des Mindestlohnes hat sich um das Dreifache verringert

Der derzeitige Mindestlohn hat im vergangenen Jahr um ein Drittel an Kaufkrat verloren. Die dem Mindestlohn zugrunde liegenden Grundartikel können heute nur Netto für 44.020 Lira gekauft werden.
Am 1. April 1984, also an dem Tag, an dem der neue Mindestlohn von 24.525 Lira in Kraft trat, betrugen die Ausgaben für die Lebensmittel 7.647 Lira. Heute betragen die Lebensmittelausgaben 19.809 Lira.

Tercüman vom 30.03.1985

In Freihandelszonen wird die türkische Lira nicht gültig sein

Der Gesetzesentwurf, der in Freihandelszonen weitgehende Steuerfreiheit einräumt, den Rechtsstatus festlegt und die Arbeitsweise definiert, wurde dem Kabinett vorgelegt.
Gemäß der Gesetzesvorlage wird in Freihandelszonen die türkische Lira nicht gelten und die Gesetze der türkischen Republik zur Steuererhebung nicht in Anwendung kommen.

Cumhuriyet vom 31.03.1985

Die Firmenrettungsaktion ist vorbereitet

Die Unternehmer werden die Ankündigung, die in Zahlungs- und Produktionsschwierigkeiten befindlichen Firmen zu unterstützen, aus dem Munde des Ministerpräsidenten Özal hören. Die Vorlage zum Rehabilitationsgesetz, die vom Industrie- und Handelsministerium in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Planungsamt ausgearbeitet wurde, wird nach der Rückkehr von Ministerpräsident Özal aus den USA auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben.

Cumhuriyet vom 01.04.1985

Die Inflation hat die Küche aufgerieben

In den ersten drei Monaten des Jahres stiegen die Küchenausgaben einer 4köpfigen Familie um 22,9% an. Damit besteht zwischen dem für das Jahr 1985 gesteckten Inflationsziel von 25% und der Teuerungsrate in den ersten drei Monaten des Jahres kaum ein Unterschied.

Der folgende Bericht und die Termine auf der Rückseite wurden anläßlich der Messe in Hannover vom Unterstützerkreis für die politischen Gefangenen in der Türkei und T-Kurdistan veröffentlicht:



Folter in der Türkei!

Messe-AG buhlte um Vertrag

Die Folterspuren sind geblieben: 1982 wurde der bei der Stadt Hannover beschäftigte Sahabeddin Buz (33) in der Türkei inhaftiert. Während hunderte Hannoveraner für seine Freilassung kämpften, buhlte Hannovers Messe-AG um das »Partnerland« Türkei. Im Juli 1983 konnte Buz den Folterern entfliehen – im Oktober 1983 schloß die Messe-AG mit den Militärs in Ankara den Vertrag für die Hannover-Messe 1985 ab. Das Folter-Regime bekommt jetzt seinen großen Auftritt in Sahabeddin Buz' »Heimatstadt«.

Die Messe-AG ist kein Privatunternehmen. Hinter der Gesellschaft verbergen sich das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover (beide mit 46,6 Prozent). Kleinere Anteile halten das Land Bremen (0,41), die Stadt Bremen (0,26) und der Landkreis Hannover (0,13). Den Ton gibt Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel an, Aufsichtsratsvorsitzende der Messe-AG.

Kritik an dem Vertrag wischt das Breuel-Ministerium mit dem lapidaren Hinweis weg: »Die Militärregierung wurde Ende 1983 von einer mit großer Mehrheit gewählten demokratischen Regierung abgelöst.« Selbst diese kümmerliche Fassade hat für den Vertrag nie eine Rolle gespielt: Nach Angaben der Pressestelle der Messe-AG begannen die Verhandlungen schon 1981 – nur Monate, nachdem die Militärs in Ankara geputscht hatten.

Der Vertrag selbst wurde am 28. Oktober 1983 von Vertretern des türkischen Handelsministerium und des Generalkonsulats unterzeichnet. Die ersten Wahlen nach dem Putsch aber fanden erst am 6. November 1983 statt. Für die Messe-AG kein Widerspruch: »Der Demokratisierungsprozeß war absehbar.«

Ein Demokratisierungsprozeß war nirgendwo absehbar. Schon zwei Monate vor den Wahlen schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung über die Wahlmanipulation der Generäle: »Die Generäle in der Türkei werfen zwei chancenreiche Parteien aus dem Rennen.«

Trotzdem spricht das Breuel-Ministerium von einer »eingeleiteten Normalisierung der demokratischen Verhältnisse in der Türkei«. Die Aktionäre der Messe-AG sollten es eigentlich besser wissen – zum Beispiel das Land Bremen. In einer »Mitteilung des Senats« vom 23.10.84 heißt es: »Der formale Übergang zur Demokratie hat weder in bezug auf die allgemeinen Grund- und Freiheitsrechte noch bezüglich der Menschenrechte irgendeine nennenswerte Verbesserung gebracht.«

Die verantwortlichen Politiker und die deutsche Wirtschaft wissen dies sehr genau. Ein Fall, der sich auch nach den heute gültigen Gesetzen wiederholen kann: 1983 wurde ein Vertreter der Lufthansa in der Türkei »wegen separatistischer Bestrebungen« vor Gericht gestellt. In einem Lufthansa-Prospekt war von Kurdistan die Rede. Durch die Intervention der deutschen Botschaft bei den Generälen in Ankara wurde eine Verurteilung durch das Militärgericht verhindert. Zynischer Kommentar eines deutschen Konsulatsangehörigen in Istanbul zu diesem Kriegsrecht: »Es hat doch seine Vorteile, daß das Militärs sind. Da kommt ein Befehl von ganz oben und die Sache ist ausgestanden.«

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

+ Termine + + Termine + + Termine +

16.4., 20.00 Uhr	**Lister Turm,** Veranstaltung von amnesty international zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, mit Kamil Taylan
16.4.	**nachmittags, Kundgebung vor der Stadthalle,** (zur Eröffnung der Hannover-Messe in Anwesenheit von Ministerpräsident Özal)
17.4., 18.00 Uhr	**Gewerkschaftshaus,** Veranstaltung des DGB gegen die Mißachtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Türkei (aber nicht gegen die Messeteilnahme als Partnerland!)
17.4., 20.00 Uhr	**Raschplatzpavillon,** Podiumsdiskussion: **»Braucht uns die 3. Welt«** – Entwicklungs-»Hilfe« / Neokolonialismus / 3. Welt als Spekulationsobjekt
19.4., 20.00 Uhr	**Raschplatzpavillon,** Diskussionsveranstaltung: **»Die wirtschaftliche und politische Verflechtung zwischen der Türkei und der BRD«** mit J. Reents (Grüne), Brigitte Heinrich (Europaparlament), Kemal Uzun (türkische Lehrergewerkschaft TÖB-DER) und weiteren Vertretern aus Politik und Wirtschaft
20.4., 11.00 Uhr	**ab FZH Döhren: Demonstration zum Messegelände, Kundgebung vor der Messe**
20.4., 20.00 Uhr	**Raschplatzpavillon: Türkisch-deutsches Konzert** mit FUAT SAKA, DAMBISA und einem Dia-Vortrag aus Kurdistan
16. – 21.4.	**nachmittags und abends,** Steintorplatz: **»6 Tage Türkei alternativ«** – Kultur, Politik, Essen usw.
21. oder 22.4.	**19.30 Uhr,** wahrscheinlich Raschplatzpavillon, Veranstaltung der BI OLGA über die Zusammenhänge zwischen dem Weltwirtschaftsgipfel, dem Internationalen Währungsfonds und der Kraftwerksunion mit der Türkei

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich

IMPRESSUM

TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE

V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford

Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM

Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:

Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig